

Unverkäufliche Leseprobe aus:

# Chronik Deutschland 1949–2014

65 Jahre deutsche Geschichte  
im Überblick

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung von Text und Bildern, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.

© S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main

# Inhalt

## CHRONIKEN

- Besatzungszonen 1945–1948 7
- BRD/DDR 1949–1990 19
- Deutschland 1991–2013 339

## KABINETTE

- 1. Kabinett Adenauer (1949) 21
- 1. Regierung DDR (1949) 26
- 2. Regierung DDR (1950) 34
- 2. Kabinett Adenauer (1953) 54
- Ministerrat der DDR (1954) 62
- 3. Kabinett Adenauer (1957) 79
- 4. Kabinett Adenauer (1961) 108
- 5. Kabinett Adenauer (1962) 120
- 1. Kabinett Erhard (1963) 125
- 2. Kabinett Erhard (1965) 141
- Kabinett Kiesinger (1966) 147
- 1. Kabinett Brandt (1969) 170
- 2. Kabinett Brandt (1972) 191
- 1. Kabinett Schmidt (1974) 206
- 2. Kabinett Schmidt (1976) 221
- 3. Kabinett Schmidt (1980) 253
- 1. Kabinett Kohl (1982) 265
- 2. Kabinett Kohl (1983) 272
- 3. Kabinett Kohl (1987) 300
- 4. Kabinett Kohl (1991) 327
- Regierung der DDR (1990) 335
- 5. Kabinett Kohl (1994) 355
- 1. Kabinett Schröder (1998) 375
- 2. Kabinett Schröder (2002) 395
- 1. Kabinett Merkel (2005) 410
- 2. Kabinett Merkel (2009) 431
- 3. Kabinett Merkel (2013) 451

## KURZBIOGRAFIEN

- Konrad Adenauer 21
- Theodor Heuss 22
- Wilhelm Pieck 25
- Otto Grotewohl 26
- Heinrich Lübke 94
- Walter Ulbricht 104
- Ludwig Erhard 124
- Kurt Georg Kiesinger 146
- Gustav Heinemann 167
- Willy Brandt 169
- Erich Honecker 186
- Willi Stoph 203
- Helmut Schmidt 205
- Walter Scheel 208
- Karl Carstens 245
- Helmut Kohl 265
- Richard von Weizsäcker 277
- Egon Krenz 320
- Roman Herzog 355
- Gerhard Schröder 375
- Johannes Rau 379
- Horst Köhler 405
- Angela Merkel 410
- Christian Wulff 435
- Joachim Gauck 445

## ANHANG

- Landtagswahlergebnisse 458
- Die Bundesländer im Vergleich 468
- Abkürzungsverzeichnis 469
- Register 470

## Spiegel-Affäre und Maßhalteappelle

Während die Auseinandersetzung zwischen der USA und der Sowjetunion über die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba die Welt an den Rand eines Atomkriegs bringt, verursacht die *Spiegel*-Affäre in der Bundesrepublik einen innenpolitischen Skandal, der das demokratische Staatswesen erstmals einer schweren Belastungsprobe unterzieht und das Ende der Ära Adenauer ankündigt. Bundeskanzler Konrad Adenauer und Staatspräsident Charles de Gaulle setzen in diesem Jahr entscheidende Akzente für die deutsch-französische Aussöhnung. Obwohl sich das Verhältnis der Großmächte in der Berlin-Frage zu entspannen beginnt, ist das Tagesgeschehen in Berlin von den Folgen des Mauerbaus geprägt: Immer wieder kommt es zu dramatischen, in vielen Fällen unter Kugeln von DDR-Grenzern tödlich scheiternden Fluchtunternehmungen. Auf dem Höhepunkt der wirtschaftlichen Prosperität mehren sich mit einem Beschäftigungs- und Lohnzuwachs-, aber auch einem Inflationsrekord die Anzeichen künftiger Krisen, denen Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard mit Maßhalteappellen vorzubeugen sucht.

### AUSSENPOLITIK

■ **Frankreich:** Mit ihrem Treffen in Baden-Baden am 15.2. eröffnen Adenauer und de Gaulle eine Serie von Konferenzen und gegenseitigen Besuchen, mit denen ein Vertragswerk vorbereitet wird, das die **Beendigung der »Erbfeindschaft«** zwischen beiden Völkern besiegelt und das Fundament für eine gemeinsame Politik in Europa legt, ohne eine politische Union beider Staaten, wie ursprünglich von de Gaulle angeregt, zu begründen. Die historische Bedeutung des Unternehmens unterstreichen beide Politiker während des Besuchs von Adenauer in Frankreich vom 2.7. bis 8.7., wo sie eine deutsch-französische Truppenparade in Mourmelon abnehmen und an einem Hochamt in der Kathedrale von Reims teilnehmen. – Während

seines sechstägigen Gegenbesuchs in der Bundesrepublik (4.–9.9.) wirbt de Gaulle in aufsehen-erregenden Ansprachen für einen gemeinsamen Weg beider Völker und wird von der Bevölkerung begeistert empfangen.

■ **Sowjetunion:** Am 21.2. überreicht der Botschafter der Bundesrepublik in Moskau eine Antwort auf das sowjetische Memorandum vom 27.12.1961 (→ 1961 DDR); die Bundesregierung erklärt darin ihr Interesse, auf der Basis ihrer Freundschaft mit den Westen gute Beziehungen mit den Ländern des Ostblocks zu entwickeln. Die Unfreiheit in der DDR und die sowjetische Berlin-Politik stünden dem jedoch im Wege.

### DEUTSCHLAND- UND BERLIN-POLITIK

■ **Vier Mächte:** Mit **Störmanövern gegen den zivilen Flugverkehr** der Westalliierten in den Berliner Luftkorridoren, die im Februar beginnen und nach einem Beinahezusammenstoß am 26.9. vorläufig beendet werden, verleiht die sowjetische Regierung ihren Forderungen nach einer Änderung des Berlin-Status Nachdruck. Trotz zahlreicher Zwischenfälle vermeiden es beide Seiten, in der Berlin-Politik eine erneute Eskalation herbeizuführen, und **suchen nach Kompromissen**. Dem Vorschlag der USA, die Transitwege nach West-Berlin durch eine internationale Behörde kontrollieren zu lassen, erteilt die Sowjetunion am 30.4. eine Absage; die Zugangskontrolle nach West-Berlin sei Sache der DDR.

Am 24.8. protestieren die Westmächte gegen die zwei Tage zuvor erfolgte **Auflösung der sowjetischen Kommandantur in Berlin** und fordern die sowjetische Führung zu einem Treffen in Berlin auf. Am 17.9. erklärt diese den **Viermächtestatus von Berlin für beendet** und kündigt den Abschluss eines Friedensvertrags mit der DDR an. Die Westmächte wiederholen daraufhin ihren Standpunkt, ein solcher Akt könne die Rechtslage nicht ändern; im Zusammenhang mit der Kuba-Krise bekräftigt US-Präsident John F. Kennedy am 28.9. seine Entschlossenheit, West-Berlin gegebenenfalls auch mit Atomwaffen zu verteidigen.

■ **Vorbehalte gegen US-Initiative:** Im April führt eine Indiskretion über neue amerikanische Initiativen zur Lösung des Berlin-Problems zu erheblichen **Spannungen zwischen der Bundesrepublik und den USA**, die am 14.5. der Form nach beigelegt werden. Als Adenauer am 7.5. in West-Berlin vor der Presse erneut deutliche Vorbehalte gegen die



amerikanisch-sowjetischen Berlin-Gespräche geltend macht und vor einer Verschlechterung des Status quo in Berlin oder gar einer verkaulisierten Anerkennung des »Zonenregimes« warnt, verweist US-Präsident Kennedy am 9.5. auf das Recht der USA, »zumindest die Möglichkeit für eine bessere Lösung, als sie jetzt gegeben ist, zu erkunden«. – Gegenüber dem sowjetischen Botschafter Andrej Smirnow schlägt Adenauer am 6.6. vor, den Status quo in der Deutschlandfrage für zehn Jahre aufrechtzuerhalten und während dieser Zeit der DDR menschliche Erleichterungen zu gewähren. Im Juli lehnt die sowjetische Führung diesen Plan ab.

■ **Ereignisse in West-Berlin:** Die US-Armee zieht am 15.1. ihre Panzer von der Sektorengrenze in der Nähe des Übergangs Checkpoint Charlie ab, wo sie seit dem Bau der Mauer gestanden haben. Die sowjetischen Panzer werden am nächsten Tag ebenfalls zurückgezogen.

■ **Zwischenfälle:** Am 21.4. liefern sich in der Bernauer Straße, die die Sektorengrenze markiert, DDR-Grenzer und West-Berliner Polizei ein Feuergefecht. – Am 13.8., dem Jahrestag des Mauerbaus, muss die West-Berliner Polizei Wasserwerfer einsetzen, um rd. 10 000 Demonstranten von Angriffen auf die Mauer abzuhalten. – Zum Jahrestag wird bekannt gegeben, dass seit dem 13.8.1961 63 000 Menschen die DDR verlassen haben; von ihnen kehrten rd. 51 000 von einer Reise nicht mehr in die DDR zurück, 12 316 überwandten die DDR-Grenze. 45 im Westen namentlich ermittelte Personen wurden auf der Flucht getötet. – Heftige Reaktionen in der West-Berliner Bevölkerung löst am 17.8. der Tod des 18-jährigen Peter Fechter aus; nachdem die Volkspolizei ihn bei seinem Fluchtversuch angeschossen hat, verblutet er in den Grenzanlagen.

■ **Deutsch-deutsche Beziehungen:** Der Generalstaatsanwalt der DDR bietet dem Bundesjustizminister am 18.7. an, bundesdeutschen Bevollmächtigten **Einsicht in Originaldokumente über Verbrechen der Nationalsozialisten** zu geben. Die Bundesregierung erklärt sich am 25.7. jedoch nur bereit, die Nazi-Akten der DDR in das Bundesarchiv in Koblenz zu übernehmen und dort sichten zu lassen; dies lehnt die DDR-Seite ab. – Zunächst unter Geheimhaltung erfolgt zu Weihnachten – mit Billigung des neuen Ministers für gesamtdeutsche Fragen Rainer Barzel – der erste **Häftlingsfreikauf** aus der DDR: Gegen die Lieferung von drei Eisenbahnladungen Kalidünger entlässt die DDR 20 Häftlinge in die Bundesrepublik und gibt außerdem zur Familienzusammenführung insgesamt 20 Kinder frei.

■ **»Memorandum der Acht«:** Am 24.2. rufen acht bekannte Persönlichkeiten – unter ihnen Klaus von Bismarck, Werner Heisenberg, Georg Picht und Carl Friedrich von Weizsäcker – in einer Denkschrift die Bundesregierung auf, zugunsten einer Normalisierung der Beziehungen zu den östlichen Nachbarn den **Souveränitätsanspruch auf die ehemals deutschen Ostgebiete** aufzugeben und die **Unmöglichkeit einer baldigen Wiedervereinigung** einzugestehen. Außerdem fordern die Autoren eine aktive und planvolle Sozialpolitik, den Verzicht auf nationale oder europäische Atomrüstung und eine durchgreifende Schulreform. Die Erklärung ruft heftige öffentliche Kontroversen hervor; besonders die Vertriebenenverbände erheben Protest.

## DIE SPIEGEL-AFFÄRE

Anlass für die von der Bundesanwaltschaft am 26.10. angeordnete Polizeiaktion gegen den Verlag und die Redaktion des *Spiegel* ist die bereits am 10.10. veröffentlichte **Titelgeschichte »Bedingt abwehrbereit«**, in der ihr Autor, der stellvertretende Chefredakteur und Militärexperte Conrad Ahlers, über das NATO-Herbstmanöver Fallex 62 geheime Informationen preisgegeben haben soll. Dem *Spiegel* wirft die Bundesanwaltschaft **Landesverrat und Bestechung** von Offizieren der Bundeswehr oder Beihilfe dazu vor. Am 26.10. wird Ahlers in Spanien festgenommen und am 28.10. in Frankfurt am Main der deutschen Polizei übergeben; an diesem Tag wird auch *Spiegel*-Herausgeber Rudolf Augstein verhaftet, am 3. und 28.11. folgen Festnahmen von zwei Obersten der Bundeswehr (der Haftbefehl gegen Oberst Alfred Martin wird am 29.12. aufgehoben). – Die spektakuläre Aktion, deren Rechtmäßigkeit von Beginn an fragwürdig erscheint, wird in weiten Teilen der Öffentlichkeit als schwerer Eingriff in die Pressefreiheit und Racheakt von Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß gegen den *Spiegel* gewertet, er provoziert **heftige Proteste**. In zahlreichen Großstädten finden Demonstrationen statt, in- und ausländische Prominente solidarisieren sich mit dem *Spiegel*. Fast die gesamte bundesdeutsche Presse verurteilt das Vorgehen der Behörden als Bedrohung der Pressefreiheit; Verlage und Redaktionen stellen dem *Spiegel* Räume und Arbeitsmittel zur Verfügung und sichern damit sein weiteres Erscheinen. – Während der *Spiegel* den Vorwurf des Geheimnisverrats zurückweist, behauptet Bundeskanzler Konrad Adenauer während der Bundestagsdebatte am 7.11.: **»Wir haben einen Abgrund von Landesverrat im Lande.«** – Am 29.10. reicht der *Spiegel* – erfolglos – Verfassungsbeschwerde gegen die Besetzung oder Verschließung der Redaktionsräume



Zwei Polizisten bewachen im Oktober 1962 den Eingang zu den Dokumentationsräumen des *Spiegel* in Hamburg

durch die Polizei ein. Sie werden in Hamburg erst am 26.11. wieder freigegeben, nachdem insgesamt rd. 20 Mio. Dokumente und Papiere in Redaktionsräumen, Verlag und Archiv gesichtet und große Mengen Material beschlagnahmt worden sind. – Am 9.11. räumt Strauß vor dem Bundestag ein, direkt an der Einfädelerung der Festnahme von Ahlers in Spanien beteiligt gewesen zu sein, bei der es, wie Bundesinnenminister Hermann Höcherl feststellt, **»etwas außerhalb der Legalität«** zuzug. Am 6.12. lässt Höcherl wissen, Strauß habe dafür gesorgt, dass Bundesjustizminister Wolfgang Stammberger (FDP) nicht über die Planung der Aktion am 24.10. informiert worden sei. Keiner der von der Bundesanwaltschaft Beschuldigten wurde in den nachfolgenden juristischen Verfahren, die sich bis 1966 hinzogen, strafrechtlich belangt.

## VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Der Bundestag billigt am 22.2. die **Verlängerung des Grundwehrdienstes** von 12 auf 18 Monate. – Unter Hinweis auf die gemeinsamen Verteidigungsinteressen schlägt US-Präsident John F. Kennedy am 10.10. in einem persönlichen Schreiben an den Bundeskanzler vor, die Bundesrepublik möge ihren Verteidigungshaushalt für 1963 um 1,3 Mrd. DM erhöhen. Adenauer lehnt am 22.10. ab, der Haushalt sei bereits verabschiedet. Mit mehr

als 16 Mrd. DM reinen Verteidigungslasten liegt die BRD in der NATO nach den USA (204 Mrd. DM) und Großbritannien (19 Mrd. DM) an dritter Stelle. ■ **Proteste:** Nach dem Vorbild der britischen Campaign for Nuclear Disarmament demonstrieren am 20.4. im ganzen Bundesgebiet mehrere tausend Atomwaffengegner auf regionalen **Ostermärschen** vor Raketenstationierungsplätzen und anderen militärischen Einrichtungen gegen die atomare Aufrüstung und Atomwaffenversuche.

## REGIERUNGSKRISE DURCH SPIEGEL-AFFÄRE

■ **Von der Fibag-Affäre zur Spiegel-Affäre:** Nachdem das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* am 29.1. seine am 31.5.1961 begonnene Berichterstattung über Begünstigungen der Finanzbau-Aktiengesellschaft (Fibag) fortsetzt, erstattet Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß Anzeige wegen Verleumdung. Der *Spiegel* wirft ihm vor, indirekt an dem Unternehmen beteiligt zu sein und Einfluss auf die Vergabe eines rd. 300 Mio. DM schweren Auftrags für den Bau von Wohnungen der US-Streitkräfte an die Fibag genommen zu haben. Auf Antrag der SPD-Fraktion setzt der Bundestag am 21.3. einen **Untersuchungsausschuss** ein, vor dem Strauß am 13.4. alle Vorwürfe zurückweist. Erst den zweiten Bericht des Ausschusses, in dem Strauß von der Mehrheit der Mitglieder entlastet wird, nimmt der Bundestag am 25.10. an. In der Nacht vom 26. auf den 27.10. lässt die **Bundesanwaltschaft** die Redaktionsräume des *Spiegel* in Hamburg und Bonn sowie die Wohnungen von Redakteuren durchsuchen; leitende Journalisten und Manager des Verlags werden an diesem und den folgenden Tagen verhaftet.

■ **Rücktritte:** Der FDP-Vorsitzende Erich Mende erklärt am 16.11., die FDP werde mit Strauß als Minister die Koalition nicht fortsetzen. Am 19.11. schließt sich die FDP-Bundestagsfraktion dem Antrag der SPD an, den Verteidigungsminister zu entlassen, und zieht ihre fünf Minister aus dem Kabinett zurück. Um Strauß vor einem Einzelrücktritt zu bewahren und Adenauer die Gelegenheit zur Bildung einer neuen Regierung zu geben, treten am 27.11. auch alle CDU/CSU-Minister zurück.

■ **Neue Regierung:** Am 4.12. nimmt Adenauer erstmals **Sondierungsgespräche mit der SPD** über die Bildung einer Großen Koalition auf, bricht sie jedoch am 6.12. ab, nachdem die SPD-Bundestagsfraktion ihn als Kanzler einer solchen Regierung abgelehnt hat. Unter dem Druck der FDP, sich auf einen definitiven Rücktrittstermin festzulegen, kündigt Adenauer seinen Abschied aus dem Kanzleramt für Herbst 1963 an. Am 14.12. wird die neue Regierung auf der Basis der bisherigen **CDU/CSU-FDP-Koalition** vereidigt; sieben Ministerposten werden neu besetzt. Rainer Barzel (CDU) übernimmt das Ressort für Gesamtdeutsche Fragen, Justizminister wird Ewald Bucher (FDP). Der neue Verteidigungsminister, Kai-Uwe von Hassel (CDU), bisher Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, tritt sein Amt erst am 9.1.1963 an.

## 5. KABINETT ADENAUER

(konstituiert am 14.12.1962)

**Bundeskanzler:** Konrad Adenauer (CDU)

**Stellvertreter und Wirtschafts:**

Ludwig Erhard (CDU)

**Auswärtiges:** Gerhard Schröder (CDU)

**Inneres:** Hermann Höcherl (CSU)

**Justiz:** Ewald Bucher (FDP)

**Finanzen:** Rolf Dahlgrün (FDP)

**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:**

Werner Schwarz (CDU)

**Arbeit und Sozialordnung:** Theodor Blank (CDU)

**Verteidigung:** Kai-Uwe von Hassel (CDU)

**Verkehr:** Hans-Christoph Seebohm (CDU)

**Post- und Fernmeldewesen:**

Richard Stücklen (CSU)

**Wohnungswesen, Städtebau u. Raumordnung:**

Paul Lücke (CDU)

**Vertriebene, Flüchtlinge und**

**Kriegsgeschädigte:** Wolfgang Mischnick (FDP)

**Gesamtdeutsche Fragen:** Rainer Barzel (CDU)

**Bundesrat und Länder:** Alois Niederalt (CSU)

**Wissenschaftliche Forschung:** Hans Lenz (FDP)

**Familien- und Jugendfragen:** Bruno Heck (CDU)

**Schatz:** Werner Dollinger (CSU)

**Wirtschaftliche Zusammenarbeit:**

Walter Scheel (FDP)

**Gesundheitswesen:**

Elisabeth Schwarzhaupt (CDU)

**Besondere Aufgaben:** Heinrich Krone (CDU)

## PARTEIEN

■ **Finanzierung:** Ohne zuvor eine gesetzliche Regelung getroffen zu haben, beschließt der Bundestag am 5.4. gegen die Stimmen der SPD eine Teilfinanzierung der Parteien und stellt für das laufende Jahr 15 Mio. DM bereit. Die SPD kritisiert u.a., dass durch die Mittelvergabe mitgliederschwache Parteien wie die FDP unverhältnismäßig begünstigt werden.

## WEITERE INNENPOLITISCHE EREIGNISSE

Am 31.10. legt die Bundesregierung einen neuen Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes mit Regelungen **für den Notstandsfall (sog. Höcherl-Entwurf)** vor (er scheitert in dritter Lesung am 24.6.1965 an der SPD). – Um die Folgen des **Contergan-Skandals** für die Betroffenen zu mildern, veranlasst Bundesgesundheitsministerin Elisabeth Schwarzhaupt die Bereitstellung von 800 000 DM für 1962 und veranschlagt bei den





Etatberatungen des Bundeskabinetts für 1963 am 11.9. den Aufwand auf 3 Mio. DM. Zwischen 1958 und 1962 wurden in der Bundesrepublik rd. 5000 schwer verkrüppelte Kinder geboren, von denen rd. 2800 überlebten; ihre Schädigungen sind auf das Schlafmittel Contergan zurückzuführen, das ihre Mütter während der Schwangerschaft einnahmen. – Bundesjustizminister Wolfgang Stammberger beurlaubt am 13.7. Generalbundesanwalt Wolfgang Fränkel und leitet am 19.7. ein Disziplinarverfahren gegen ihn ein. Der Jurist wird beschuldigt, im Dritten Reich **an Unrechtsurteilen mitgewirkt** und dies bei der Einstellung verschwiegen zu haben.

## WIRTSCHAFTSPOLITIK

■ **Appell zum Maßhalten:** Bei mehreren Anlässen, mit besonderem Nachdruck in einer Rundfunk- und Fernsehansprache am 21.3., ruft Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard Gewerkschaften, Arbeitgeber und Verbraucher zum Maßhalten auf. Er warnt vor dem Heraufziehen einer Wirt-

schaftskrise, wenn die Bundesbürger nicht durch ihr wirtschaftliches Verhalten vor allem den **Inflationstendenzen** entgegenwirken. 1962 steigen die Preise um durchschnittlich 3,0%, dies ist der stärkste Anstieg seit 1951 (1,7% im Durchschnitt der Jahre 1958–61). Zugleich steigt das BIP gegenüber dem Vorjahr nur noch um real 4,0% (1961: 6,6%; 1960: 8,1%).

■ **Außenwirtschaft:** Am 1.9. tritt das Außenwirtschaftsgesetz vom 28.4. in Kraft. Es legt die Freiheit des Handelsverkehrs und des Außenhandels für Güter, Dienstleistungen, Kapital, Auslandswerte und Gold fest. Damit werden die Devisenbewirtschaftung und die seit Ende des 2. Weltkriegs bestehenden, zwischenzeitlich schon weitgehend gelockerten Kontrollen des Wirtschaftsverkehrs mit dem Ausland aufgehoben.

## BUNDESLÄNDER

■ **Hamburg:** Am 17.2. fordert eine **Jahrhundertsturmflut** an der deutschen Nordseeküste 337 Menschenleben, verursacht Sachschäden in Höhe von rd. 3 Mrd. DM und macht 75 000 Menschen vorübergehend obdachlos. Bei der Organisation der Hilfsmaßnahmen im stark betroffenen Hamburg begründet Innensenator Helmut Schmidt (SPD) seinen Ruf als Krisenmanager.

■ **Nordrhein-Westfalen:** Nach der Landtagswahl vom 8.7. kommt es zu einer Fortsetzung der Koalition zwischen CDU und FDP unter dem bisherigen Ministerpräsidenten Franz Meyers (CDU). Der Stimmenverlust der FDP im Vergleich zur Bundestagswahl (–4,9%) gilt als Quittung für den »Umfall« der FDP auf Bundesebene 1961, wo sie entgegen ihrer Ankündigung eine erneute Koalition mit der CDU/CSU unter Adenauer einging.

■ **Schleswig-Holstein:** Landtagswahl am 23.9. Die FDP scheidet trotz leichter Gewinne aus der Koalition aus; Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel leitet nun eine CDU-Aleinregierung.

■ **Hessen:** Der unerwartet deutliche Erfolg der SPD bei der Landtagswahl am 11.11. wird der *Spiegel*-Affäre zugeschrieben. Ministerpräsident Georg August Zinn (SPD) bleibt an der Spitze einer Koalition aus SPD und GDP/BHE.

■ **Bayern:** Bei der Landtagswahl am 25.11. erringt die CSU die absolute Mehrheit. Der Landtag wählt den bisherigen Landesinnenminister Alfons Goppel am 11.12. zum neuen Ministerpräsidenten einer Koalitionsregierung von CSU und Bayernpartei.

■ **Wahlergebnisse** → S. 458–467

# 1962 DDR

## Neustart im Schutz der Mauer

Im Anschluss an den Mauerbau in Berlin im August 1961 tritt die DDR in eine mehr als ein Jahr währende Konsolidierungsphase ein, die alle Bereiche der Gesellschaft umfasst. Sie betrifft das Militär, die Wirtschaft und vor allem die Außenrepräsentation. Zwar behalten die Bundesrepublik und die westlichen Alliierten ihre Politik der internationalen Isolierung der DDR zunächst noch bei, doch hat die SED-Führung im Zusammenspiel mit ihren Ostblock-Verbündeten mit der Grenzabriegelung Tatsachen geschaffen, die eine Neuorientierung in der Deutschland- und Außenpolitik erfordern. Vor dem Hintergrund ihrer Wiedervereinigungsrhetorik setzt die DDR-Führung dabei ihre bisherige Politik fort, eine weitere Abgrenzung von der Bundesrepublik zu betreiben.

### SICHERHEITSPOLITIK

Am 24.1. verabschiedet die Volkskammer das **Wehrpflichtgesetz**, mit dem ein 18-monatiger sog. Ehrendienst in der NVA (bzw. ein Wehrersatzdienst in der Bereitschaftspolizei oder in den militärischen Einheiten der Staatsicherheit) eingeführt wird. Die Wehrpflicht umfasst Männer der Altersgruppe von 18 bis 50 Jahren, bei Offizieren bis 60 Jahren. – Ebenfalls am 24.1. fasst der Nationale Verteidigungsrat Beschlüsse zur **Anschaffung moderner Rüstungsgüter**, um den Bestand an Panzern in der NVA zu erhöhen, die Luftverteidigungseinheiten mit verbesserten Flakgeschützen, modernen funktechnischen Geräten und die Luftwaffe mit MiG-21-Abfangjägern auszurüsten. – Am 21.6. erlässt der Ministerrat eine Verordnung über die Sicherung und den **Schutz des Küstengebietes** der DDR, die am 20.7. in Kraft tritt. Sie regelt die Einrichtung von Grenzzonen an der Ostseeküste, deren Betreten als Grenzverletzung geahndet und in denen das unerlaubte Überlassen von Fremdenzimmern bestraft werden kann. Gleichzeitig werden Beschränkungen für Baumaßnahmen in diesem Gebiet erlassen. – Am 22.8. wird die **so-jetische Stadtkommandantur in Ost-Berlin**

**aufgelöst**. Einen Tag später wird ein **Stadtkommandant der NVA** in Ost-Berlin eingesetzt, dem die bis dahin dem Innenministerium unterstehenden Grenztruppen an der innerstädtischen Grenze sowie militärisch nutzbare Einrichtungen und Gebäude unterstellt werden. Beide Maßnahmen dienen dazu, die bestehenden Statusunterschiede zwischen der DDR und der Hauptstadt Ost-Berlin Schritt für Schritt aufzuheben.

### WEITERE INNENPOLITISCHE EREIGNISSE

Die Volkskammer beschließt am 28.3. das Gesetz über das **Zollwesen**, mit dem die Zollverwaltung als Nachfolgebehörde für das seit 1950 bestehende Amt zur Kontrolle des Warenverkehrs (AZKW) gegründet wird. Am gleichen Tage verabschieden die Volkskammerabgeordneten das Atomenergiewgesetz. – Am 24.5. erweitert der Staatsrat die Befugnisse der Konfliktkommissionen in den Betrieben, so dass diese auch kleinere Straftaten behandeln können. – Am 12.7. stellen die Arbeiter- und Bauern-Fakultäten (mit zwei Ausnahmen) ihre Tätigkeit ein, da ihre historischen Aufgaben, Arbeiter- und Bauernkinder gezielt und gefördert auf den Universitätsbesuch vorzubereiten, erfüllt seien. – Am 19.10. beschließt die Volkskammer, die laufende Legislaturperiode zu verlängern.

### AUSSENPOLITIK

Durch die **Kontaktaufnahme zu internationalen Organisationen** und die **Errichtung weiterer**, von öffentlichen Stellen getragenen **Handelsmissionen** versucht die DDR, ihre internationale Präsenz zu verstärken. Industrie- und Handelskammern, staatliche Außenhandelsunternehmen sowie das Ministerium für Außen- und innerdeutschen Handel errichten im Ausland Vertretungen und Agenturen, die bei Abwesenheit offizieller staatlicher Beziehungen auch die diplomatische Vertretung der DDR übernehmen. Demselben Ziel dienen die vielfältigen Aktivitäten in der Frage der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen. Am 13.3. stellt Außenminister Lothar Bolz in einem Brief an die UN für die DDR den Verzicht auf den Besitz von Atomwaffen für den Fall in Aussicht, dass die Bundesrepublik es ihr gleichtut. Die Volkskammer sendet im September an die Parlamente von 59 Staaten und am 23.11. an die UN-Vollversammlung Erklärungen, nach denen sie alle Vorschläge zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen unterstützt. Gleichzeitig setzt sie ihre Politik der Einbindung



des Landes in die gemeinsamen Organisationen der staatssozialistischen Länder fort. Ein **Treffen der Parteichefs und der Ministerpräsidenten der Mitgliedsländer des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)** am 6./7.6. in Moskau dient der Vorbereitung der sich unmittelbar anschließenden XVI. Außerordentlichen Tagung des RGW. Dort werden die »Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung« verabschiedet. Dabei wird auch ein **Exekutivkomitee** des RGW gebildet, weitere **Ständige Kommissionen** der östlichen Wirtschaftsorganisation nehmen ihre Arbeit auf.

### DEUTSCH-DEUTSCHE BEZIEHUNGEN

Am 25.3. veröffentlicht der Nationalrat der Nationalen Front die Erklärung »Die geschichtlichen Aufgaben der DDR und die Zukunft Deutschlands«, besser bekannt unter der Bezeichnung »**Nationales Dokument**«. Hierin wird erneut der Wille der DDR zum Ausdruck gebracht, die deutsche Einheit wiederherzustellen. Voraussetzung für den Weg zur staatlichen Einheit sei der Sieg des Sozialismus in der DDR und später in der Bundesrepublik. Die Entwicklung in der DDR habe bewiesen, »dass Sozialismus und nationale Interessen« des deutschen Volkes »völlig übereinstimmen«. Das »Nationale Dokument« fasst alle zuvor schon vielfach vortragenen Konföderationskonzepte der DDR zusammen. In einem **Brief des ZK der SED an die SPD-Mitglieder** vom 25.5., der aus Anlass des bevorstehenden Kölner SPD-Parteitags gesandt wird, sowie mit den von Walter Ulbricht am 2.12. vorgestellten **Prinzipien für die friedliche Koexistenz und einen nationalen Kompromiss** werden die SPD-Mitglieder aufgefordert, die Politik der friedlichen Koexistenz anzuerkennen und für diese in

der Bundesrepublik einzutreten, einen alternativen politischen Weg in der BRD einzuschlagen (wozu die SED auch die Entmachtung der bisherigen SPD-Spitze anregt) und die Erfahrungen des sozialistischen Alltags in der DDR zu studieren.

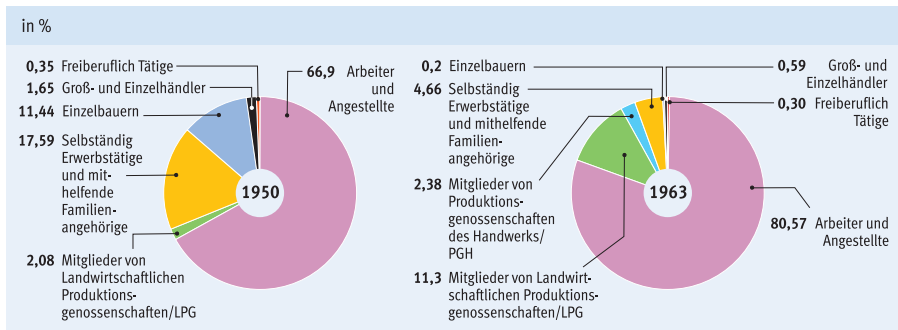
■ **Zwischenfälle an der Berliner Mauer:** Am 17.8. wird an der Mauer in Ost-Berlin der junge Bauarbeiter Peter Fechter bei einem Fluchtversuch von der Volkspolizei angeschossen; er verblutet in den Grenzanlagen. – Zwei Monate zuvor war ein Grenzpolizist von einem Fluchthelfer erschossen worden. – Insgesamt kommen 1962 vier DDR-Grenzsoldaten ums Leben, acht weitere werden verletzt, oft von flüchtenden Grenzpolizisten.

### WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die am 5.7.1961 beschlossene Reorganisation der Wirtschaftslenkung wird 1962 fortgesetzt. Am 5.4. tritt der reorganisierte Forschungsrat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Am 24.5. verabschiedet der Ministerrat neue Statuten für die **Staatliche Plankommission**, die ihre Arbeit auf die Planung der Volkswirtschaft beschränken soll, und den **Volkswirtschaftsrat (VWR)**, der – anstelle der früheren spezialisierten Ministerien – die Leitung der Wirtschaft übernimmt. Dementsprechend wird am 4.7. die Zusammensetzung des Ministerrats angepasst.

■ **Konsolidierung:** Nach der Missernte vom Sommer 1961 und dem Mauerbau befindet sich die Volkswirtschaft in einer **Krise**. Die Konsolidierung der wirtschaftlichen Entwicklung soll wiederum mittels Wirtschaftslenkung – d.h. Anhebung der Arbeitsnormen im sozialistischen Wettbewerb – erreicht werden. In der volkseigenen Industrie beteiligen sich fast drei Viertel der Beschäftigten an diesem Wettbewerb.

### Veränderung der Beschäftigtenstruktur 1950 und 1963



# 2012

## Auf dem rechten Auge blind

Bundespräsident Christian Wulff kämpft vergebens um seinen guten Ruf; der ihm bei seiner Wahl 2010 unterlegene Mitbewerber um das Amt, Joachim Gauck, nimmt seinen Platz ein. Der Wahlsieg von Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen gibt Bundeskanzlerin Angela Merkel Handhabe, sich von ihrem potenziellen Rivalen, Bundesumweltminister Norbert Röttgen, zu trennen. Neben diesen politisch-medialen Highlights bleiben zwei Themen dauerhaft im Fokus: In der Euro- bzw. Staatsschuldenkrise verweigert sich Merkel einem Schuldenschnitt für Griechenland und fährt stattdessen mit sukzessiven Hilfszusagen und der Durchsetzung einer europäischen Schuldenbremse »auf Sicht«. Das jahrelange Versagen der Sicherheitsbehörden, der neonazistischen Terrorgruppe NSU auf die Spur zu kommen, wächst sich zu einer beispiellosen Affäre aus.

### BUNDESPRÄSIDENT

- **Rücktritt:** Bundespräsident **Christian Wulff** (CDU) erklärt am 17.2. seinen Rücktritt und zieht damit die Konsequenz aus einer Affäre, in der es u.a. um den **Verdacht persönlicher Vorteilsnahme** während seiner Amtszeit als niedersächsischer Ministerpräsident (2003–10) geht. Ausgangspunkt waren Umstände bei der Finanzierung seines Eigenheims (→ 2011); weitere Fragwürdigkeiten traten in der Folge zutage. Wulff weist die in den Medien erhobenen Beschuldigungen zurück, hat aber an Glaubwürdigkeit verloren.
- **Neuwahl:** In der Absicht, dieses Mal einen gemeinsamen Kandidaten von Regierungskoalition und Opposition – ohne Die Linke – zu präsentieren, sieht sich Bundeskanzlerin und CDU-Chefin Merkel durch die FDP genötigt, dem Vorschlag von SPD und Grünen zu folgen. Am 18.3. wählt die Bundesversammlung den parteilosen Theologen und ehemaligen DDR-Bürgerrechtler **Joachim Gauck** im ersten Wahlgang mit 991 von 1228 gültigen Stimmen (79,9%) zum Bundespräsidenten.

**Gauck, Joachim** \* Rostock 24.1.1940  
Studium der Theologie in Rostock, 1967 Ordination zum Pastor und Tätigkeit bei der Evangelisch-



Lutherischen Landeskirche Mecklenburg, 1982–90 Leiter der Kirchentagsarbeit in Mecklenburg, 1990–2000 Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, 2001–04 deutsches Mitglied des Verwaltungsrates der Europäischen Stelle zur

Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, seit 2012 Bundespräsident

Die parteilose Journalistin Beate Klarsfeld als Kandidatin der Linken erhält 126 (10,2%), der NPD-Kandidat drei Stimmen (0,2%).

### KABINETT

- **Entlassung:** Drei Tage nach der schweren Niederlage der CDU bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 13.5. entbindet Bundeskanzlerin Merkel den Spitzenkandidaten **Norbert Röttgen** vom Amt des Bundesumweltministers. Den Rauswurf begründet Merkel damit, der für die Energiewende zuständige Ressortchef bedürfe starken Rückhalts. Zum neuen Umweltminister beruft sie **Peter Altmaier** (CDU).

### PARTEIEN

- **Die Linke:** Nach dem Verzicht Oskar Lafontaines, sich mit einer Kandidatur für den Parteivorsitz wieder in die Bundespolitik einzuschalten, wählt der Parteitag in Göttingen am 2.6. die ostdeutsche Bundestagsabgeordnete **Katja Kipping** und den westdeutschen Gewerkschafter **Bernd Riexinger** als Nachfolger an die Spitze der Partei. Zuvor warnte der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Gregor Gysi vor dem Zerfall der Partei für den Fall, dass die Interessen der Ostverbände ignoriert würden.
- **SPD:** Parteichef Sigmar Gabriel und Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier verzichten am 28.9. auf eine Nominierung zum Kanzlerkandidaten der Partei zugunsten von **Peer Steinbrück**. Damit zerschlägt sich die ursprüngliche Absicht, erst Anfang 2013 eine Entscheidung zu treffen und bis dahin als Troika zu operieren. Ein Sonderparteitag in Hannover wählt Steinbrück am 9.12. mit 93,5%

der Stimmen, jedoch misslingt ihm der Start als **Herausforderer von Bundeskanzlerin Merkel** für die Bundestagswahl 2013: Seine hohen Nebeneinkünfte und unbedachte Äußerungen lösen medial hochgespielte Debatten aus, die ihn mehrfach zu Selbsterklärungen und Korrekturen zwingen.

■ **Bündnis 90/Die Grünen:** Die Partei zieht mit **Jürgen Trittin** und **Katrin Göring-Eckardt** in den Bundestagswahlkampf. Dies entscheiden die Parteimitglieder in einer Urwahl, deren Ergebnis am 10.11. bekanntgegeben wird. Trittin (71,9%) und Göring-Eckardt (47,3%) rangieren deutlich vor Renate Künast (38,6%) und Claudia Roth (26,2%). Der Bundesparteitag in Hannover (16.–18.11.) bestätigt Roth als Parteichefin neben dem gleichfalls wiedergewählten Cem Özdemir.

■ **CDU:** Auch der Parteitag in Hannover (3.–5.12.) stimmt die Partei auf die Bundestagswahl 2013 ein. Sie befürwortet nun u.a. eine Lohnuntergrenze sowie eine »**Flexiquote**« für Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten. Merkel wird als Parteichefin mit 97,9% der Stimmen wiedergewählt.

■ **Piraten:** Nach dem Erfolg in Berlin 2011 etabliert sich die 2006 gegründete Partei mit dem **Einzug in weitere Landtage** (Saarland, Schleswig-Holstein, NRW) in der Parteienlandschaft. Der Parteitag in Neumünster am 28./29.4. wählt **Bernd Schlömer** zum neuen Parteivorsitzenden.

## EURO-FINANZPOLITIK

■ **Staatsschuldenkrise:** Beide Kammern des Parlaments billigen am 29.6. mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die Einführung von zwei zentralen Instrumenten zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise: des permanenten **Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)** und des sog. Fiskalpakts, unterzeichnet von den Vertretern der Euro-Staaten am 2.2. (ESM) bzw. der EU-Mitglieder (außer Großbritannien und Schweden) am 2.3. Während der ESM mit Notkrediten und Bürgschaften an die Stelle des 2010 provisorisch eingerichteten Euro-Rettungsschirms EFSF treten soll (→ 2010, 2011), verpflichtet der **Fiskalpakt**, durchgesetzt von Deutschland nach dem Vorbild seiner »Schuldenbremse« (→ 2009), die EU-Mitgliedstaaten zu einer strikten Haushaltsdisziplin und ahndet Verstöße mit weitgehend automatischen Sanktionen. Die Zustimmung von SPD und Grünen zum ESM und zum Fiskalpakt erkaufte sich die Regierungskoalition am 21.6. mit dem Zugeständnis, sich um die Einführung einer **Finanz-**

**markttransaktionssteuer**, notfalls auch nur in einigen Staaten der Eurozone, zu bemühen und ein **EU-Paket für Wachstum und Beschäftigung** sowie zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in den Krisenstaaten auf den Weg zu bringen.

Um dieses Wachstumspaket im Umfang von 120 Mrd. € auf dem EU-Gipfel am 28./29.6. durchsetzen zu können, akzeptiert Bundeskanzlerin Merkel den Plan für eine europäische **Bankenaufsicht** als Voraussetzung direkter Hilfen für Banken aus dem ESM. Sie stimmt auch zu, dass der ESM Staatsanleihen auf dem Primär- und Sekundärmarkt ankaufen kann, ohne die Zustimmung der Troika, bestehend aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF), einholen zu müssen.

■ **Verfassungsmäßigkeit:** In Eilanträgen, angerufen u.a. von der Bundestagsfraktion der Linken, um die Teilnahme Deutschlands am ESM sowie am EU-Fiskalpakt per einstweiliger Anordnung untersagen zu lassen, billigt das Bundesverfassungsgericht diese am 12.9. unter Vorbehalten. Die vereinbarte **Haftungsobergrenze von 190 Mrd. €** darf nicht überschritten werden; weitergehende Zahlungen muss der Bundestag eigens genehmigen und über bevorstehende Maßnahmen jeweils ausreichend informiert werden. Deutschland ratifiziert als letzter Euro-Staat den ESM-Vertrag am 27.9.

■ **Griechenland-Hilfe:** Am 30.11. billigt der Bundestag ein **drittes Hilfspaket** für Griechenland in Höhe von 44 Mrd. €. Weil die Zinsen für bereits gewährte Kredite gesenkt und die Rückzahlung gestundet werden, erfolgt erstmals eine direkte Belastung des deutschen Staatshaushalts im Umfang von 730 Mio. € im Jahr 2013 und 660 Mio. € im Jahr 2014. Zuvor hatte sich Bundeskanzlerin Merkel einem Schuldenschnitt für Griechenland verweigert.

## TERRORISMUS

■ **NSU-Affäre:** Die seit November → 2011 ans Licht gekommenen Aktivitäten des rechtsterroristischen NSU und das Verhalten der Sicherheitsbehörden veranlassen den Bundestag am 26.1. zur Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Seine Befragungen ergeben schon bald ein **erschütterndes Bild von Pannen**, voreingenommener Ermittlungsarbeit, Nachlässigkeit und Zuständigkeitswirrwarr. Ins Zentrum der Kritik geraten die Verfassungsschutzämter des Bundes und mehrerer Länder.

## NATIONALSOZIALISTISCHER UNTERGRUND (NSU)

Als Kern oder – wahrscheinlich – auch einzige Mitglieder des NSU gelten Uwe Böhnhardt (\*1977), Uwe Mundlos (\*1973) und Beate Zschäpe (\*1975), alle stammen aus Jena. Seit Anfang der 1990er Jahre in der Neonazi-Szene aktiv, stießen sie etwa 1996 zur militanten Freien Kameradschaft Thüringer Heimatschutz (THS), die über mehrere Jahre von einem V-Mann des Thüringer Verfassungsschutzes und Funktionär der Thüringer NPD mitgeführt wurde. Als die Polizei 1998 in Jena ihr Waffenlager und eine Bombenwerkstatt aushob, tauchten die drei unter. Mehrere Gelegenheiten der Sicherheitsbehörden in den nachfolgenden Jahren, dem Trio auf die Spur zu kommen und es festzunehmen, wurden hintertrieben oder blieben ungenutzt. Als deutschlandweit verübte Haupttaten zwischen 2000 und 2007 werden dem NSU zugerechnet: **zehn Morde** an neun Kleinunternehmern (acht mit türkischer, einer mit griechischer Herkunft) und zuletzt an einer Polizistin, alle ausgeführt mit derselben Pistole, zudem **zwei Sprengstoffattentate** mit zahlreichen Verletzten und etliche **Banküberfälle** – bis zu dem letzten am 4.11.2011, in dessen Folge Mundlos und Böhnhardt mutmaßlich Selbstmord begehen und Zschäpe sich am 8.11. der Polizei stellt. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Behörden offiziell keine Hinweise auf einen rechtsextremistischen Hintergrund der Serie von Verbrechen. Recherchen der Medien und des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses ergeben schwerwiegende Ungereimtheiten, bis hin zum Verdacht der Verstrickung von Stellen oder V-Leuten des Verfassungsschutzes.

■ **NSU-Prozess:** Die Bundesanwaltschaft erhebt am 8.11. **Anklage gegen** das wohl einzige überlebende Mitglied der Terrorzelle, **Beate Zschäpe:** Vorrangig vorgeworfen wird ihr die Bildung einer terroristischen Vereinigung und die Mittäterschaft an zehn Morden, zwei Sprengstoffanschlägen und 15 Banküberfällen. Vier mutmaßliche Helfer werden zugleich wegen Beihilfe zum Mord bzw. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung angeklagt.

■ **Erste Konsequenzen:** Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) versetzt den Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz **Heinz Fromm** am 2.7. **in den einstweiligen Ruhestand** zum 31.7. und ersetzt ihn durch Hans-Georg Maaßen. Auch die Verfassungsschutzpräsidenten von Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und



Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (r) und Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen (l) stellen am 11.6. den Verfassungsschutzbericht vor.

Berlin müssen gehen. Die desaströsen Vorgänge entfachen eine Debatte über eine notwendige tiefgreifende Reform des Verfassungsschutzes. Der Bundestag verabschiedet am 28.6. ein Gesetz zur Schaffung einer **Neonazi-Verbunddatei** nach dem Vorbild der Antiterrordatei (→ 2006). In die Datei speisen Verfassungsschutz, Polizei und Militärischer Abschirmdienst Erkenntnisse über gewaltbereite Rechtsextremisten ein. Sie geht am 19.9. in Betrieb. – Auf Empfehlung der Ministerpräsidentenkonferenz entscheidet sich der Bundesrat am 14.12. mit großer Mehrheit für einen neuen **NPD-Verbotsantrag** beim Bundesverfassungsgericht. Ein erster Versuch scheiterte → 2003.

■ **Urteil zum Buback-Mord der RAF:** 35 Jahre nach dem Attentat auf Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seine beiden Begleiter (→ 1977) verurteilt das Oberlandesgericht Stuttgart am 6.7. die ehemalige RAF-Terroristin **Verena Becker** wegen Beihilfe zum Mord und verhängt eine Freiheitsstrafe von vier Jahren. Wer die tödlichen Schüsse auf Buback und seine Begleiter abgegeben hat, konnte nicht geklärt werden. Becker bestreitet jegliche Beteiligung an dem Attentat und legt gegen das Urteil Revision ein.

## ENERGIEPOLITIK

■ **Netzentwicklung:** Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler und der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, legen am 26.11. den Netzentwicklungsplan für den Ausbau des Stromleitungssystems bis 2022 vor. Im Zentrum stehen drei Korridore für neue **Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen** (HGÜ), die den Strom von den Offshore-Windparks in Nord- und Ostsee nach Süden transportieren sollen.

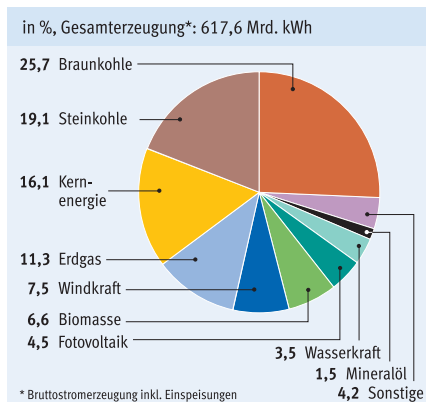
Insgesamt werden neue »Stromautobahnen« mit einer Länge von 2800 km geplant. Die Kosten – die Verstärkung des schon bestehenden Netzes eingeschlossen – werden auf 20 Mrd. € veranschlagt.

■ **Windenergie:** Am 26.10. und 14.11. stoppen der dänische Energiekonzern DONG Energy und EnBW die Planungsarbeiten für die **Offshore-Windparks** in der Nordsee, Riffgrund 2 bzw. Hohe See, weil Regelungen für Netzanschlüsse ausstehen. Um den stockenden Ausbau der Offshore-Projekte zu beschleunigen, beschließt der Bundestag am 29.11. eine Haftungsregel: Kann ein betriebsbereiter Windpark nicht an das Netz angeschlossen werden, muss der dafür verantwortliche Netzbetreiber dem Windparkbetreiber bis zu 20% des Schadens (max. 110 Mio. €) ersetzen; der Rest wird per Umlage auf den Strompreis auf die Verbraucher abgewälzt, bis 2015 möglicherweise mehr als 2 Mrd. €.

■ **Krise der Solarindustrie:** Auf Grundlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sinkt die Förderung für Fotovoltaik-Anlagen zum 1.1.2012 um 15%, eine weitere Kürzung um 15% steht zum 1.7. an. Ende Juni wird die **Förderung**, rückwirkend zum 1.4., mit differenzierten Regelungen **weiter gedrosselt**. Die EEG-Novelle soll der Solarindustrie zu einer beschleunigten »Marktintegration« verhelfen. Ab einer installierten Gesamtleistung von 52 Gigawatt (GW) soll die Solarförderung komplett auslaufen. Mitte 2012 sind bereits 28 GW installiert.

Neben dem Einbruch der staatlich geförderten Nachfrage verursacht vor allem die Konkurrenz aus der VR China eine **Pleitewelle**. Nachdem am 14.12.2011 der einstige Vorzeigesolarmodulbauer,

#### Deutschland: Stromerzeugung nach Energieträgern 2012



Quelle: AG Energiebilanzen 2013

die Solon AG in Berlin, Insolvenz anmelden musste, folgen im April und Mai mit Q-Cells und Sovello zwei Schwergewichte aus dem Bitterfelder Solar-Valley und im Juli der schwäbische Solaranlagenbauer Centrotherm. Der US-Hersteller First Solar schließt sein Werk in Frankfurt/Oder am 31.12.

■ **Klagen gegen Atomausstieg:** Nach E.ON und RWE im Juni wehrt sich als dritter Energiekonzern auch der schwedische Versorger **Vattenfall** im Juli mit einer Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen den verordneten Atomausstieg. Schadenersatzleistungen im Erfolgsfall werden auf rd. 15 Mrd. € geschätzt. EnBW, der vierte AKW-Betreiber, schließt sich der Klage der privaten Energieriesen nicht an. EnBW befindet sich fast ausschließlich in öffentlicher Hand des grün-rot regierten Landes Baden-Württemberg.

■ **Endlagersuche:** Trotz des → 2011 vereinbarten Neustarts stocken die Verhandlungen über das angestrebte Endlagersuchgesetz auch unter dem neuen Bundesumweltminister Altmaier (CDU). Am 30.11. verkündet Altmaier einen Erkundungsstopp für den Salzstock Gorleben als mögliches Endlager für hochradioaktive Abfälle bis nach der Bundestagswahl 2013.

#### SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK

■ **Organspendereform und -skandal:** Um dem Mangel an Organspenden zu begegnen, ohne die Entscheidungsfreiheit des Bürgers zu beeinträchtigen, beschließt der Bundestag am 25.5. eine umfassende Reform des Transplantationsgesetzes von 2007. Danach werden künftig alle über 16-Jährigen von ihren Krankenkassen regelmäßig nach ihrer Bereitschaft zur Organspende nach ihrem Tod befragt. – Noch bevor die Reform am 1.8. in Kraft tritt, erschüttern Nachrichten über zahlreiche Manipulationen in mehreren Kliniken bei der Zuteilung von Spenderorganen an bedürftige Patienten das Vertrauen in das deutsche Transplantationssystem.

#### AUSSENPOLITIK

■ **Erste Staatsvisiten Gaucks:** Mit seiner ersten Auslandsreise nach **Polen** am 26./27.3. betont der neue Bundespräsident die Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen. Einen für Anfang Mai geplanten Staatsbesuch in der **Ukraine** lässt Gauck am 26.4. aus Protest gegen die Behandlung der Oppositionspolitikerin Julija Tymoschenko absagen. In den **Niederlanden** spricht er am 5.5.,



dem »Befreiungstag« zum Gedenken an das Ende der deutschen Besatzung 1945, in Breda. Bei seinen Antrittsbesuchen in **Israel** und in den **Palästinensischen Gebieten** (28.–30.5.) wirbt er für eine Zweistaatenlösung und mahnt zugleich Verbesserungen für die Situation der Palästinenser an.

■ **Afghanistan:** Am 26.1. verlängert der Bundestag den **ISAF-Einsatz der Bundeswehr** um ein weiteres Jahr bis zum 31.1.2013 mit der Vorgabe, bis Ende 2014 alle Kampftruppen abzuziehen. Bundeskanzlerin Merkel und der afghanische Staatspräsident Hamid Karzai unterzeichnen bei dessen Staatsbesuch am 16.5. in Berlin ein **Kooperationsabkommen** für die Zeit nach 2014. Deutschland wird die afghanischen Sicherheitskräfte ab 2015 mit jährlich rd. 150 Mio. € mitfinanzieren.

■ **Schweiz:** Nach jahrelangem Streit unterzeichnen die Verkehrsminister beider Staaten, Doris Leuthard und Peter Ramsauer, am 4.9. den **Fluglärm-Staatsvertrag**. Nach dem Einspruch Baden-Württembergs dringt Bundesverkehrsminister Ramsauer auf Nachverhandlung des Vertrags.

■ **Syrienkonflikt:** Nach einem Hilfesuch der Türkei und einem entsprechenden Beschluss der NATO billigt der Bundestag am 14.12. die Entsendung von zwei **Flugabwehreinheiten** des Typs Patriot und 400 Soldaten **zum Schutz der Türkei** vor Angriffen aus dem Bürgerkriegsland Syrien. Das Mandat schließt eine Beteiligung an einer eventuellen Flugverbotszone über Syrien explizit aus.

## BUNDESLÄNDER

■ **Baden-Württemberg:** Die Staatsanwaltschaft nimmt am 11.7. Ermittlungen gegen den früheren Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) wegen des Verdachts auf Untreue beim Rückkauf von Anteilen am Energieversorger EnBW auf (→ 2010).

■ **Berlin:** Am 8.5. wird bekannt, dass der neue internationale Flughafen Berlin Brandenburg (BER) wegen Mängeln beim Brandschutz nicht wie geplant am 3.6. eröffnet werden kann. Die Mehrkosten für den Flughafen sollen sich auf rd. 1 Mrd. € belaufen. Die Inbetriebnahme ist nun für März 2013 vorgesehen.

■ **Bremen:** Als erstes Bundesland beschließt Bremen durch seine Bürgerschaft am 11.7. ein Mindestlohngesetz. Öffentliche Unternehmen und solche, die öffentliche Gelder oder Aufträge erhalten, müssen ab dem 1.9. mindestens 8,50 € pro Stunde zahlen.

■ **Hamburg:** Die Bürgerschaft billigt am 9.5. den teilweisen Rückkauf der Strom-, Erdgas- und Fernwärmenetze (25,1% für 543,5 Mio. €). – Am 6.10. tritt das erste Transparenzgesetz eines Bundeslandes in Kraft: Die Behörden müssen Gesetze, Verträge, Gutachten und Senatsbeschlüsse unaufgefordert im Internet veröffentlichen.

■ **Mecklenburg-Vorpommern:** Als erstes Bundesland verbietet Mecklenburg-Vorpommern am 23.5. gesetzlich die Speicherung von Kohlendioxid (CCS) im Untergrund. – Die P+S Werften beantragen am 29.8. beim Amtsgericht Stralsund Insolvenz für die Schiffbaubetriebe in Wolgast und Stralsund.

■ **Niedersachsen:** Der Landtag spricht sich am 9.7. für die Rückholung der rd. 126 000 Fässer aus dem maroden Atommülllager Asse aus. Möglicherweise kann mit der Bergung allerdings erst 2036 begonnen werden.

■ **Nordrhein-Westfalen:** Nach Scheitern des Haushalts beschließt der Landtag am 14.3. seine Auflösung. Aus der **Landtagswahl** am 13.5. geht die SPD als Siegerin hervor, während die CDU ihr bisher schlechtestes Ergebnis einfährt. Die Linke scheidet an der 5%-Hürde, die Piratenpartei zieht dagegen in den Landtag ein. CDU-Spitzenkandidat und Landeschef Norbert Röttgen tritt vom Landesvorsitz zurück. Am 20.6. wählt der Landtag Hannelore Kraft (SPD) erneut zur Ministerpräsidentin an der Spitze einer rot-grünen Regierung. – Im Schuljahr 2012/13 führt NRW als erstes Bundesland **islamischen Religionsunterricht** an Grundschulen ein.

■ **Rheinland-Pfalz:** Die Landesregierung lässt am 20.7. die überwiegend landeseigene Nürburgring GmbH in die Insolvenz gehen. Der über das Debakel um den Freizeitpark in die Kritik geratene Regierungschef **Kurt Beck** (SPD) gibt am 28.9. wegen gesundheitlicher Probleme seinen **Rücktritt** von allen politischen Ämtern zum Jahreswechsel bekannt.

■ **Saarland:** Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) kündigt am 6.1. die Koalition der CDU mit FDP und Grünen auf. Nach der **Landtagswahl** am 25.3. bleibt sie an der Spitze einer Koalition mit der SPD Regierungschefin.

■ **Schleswig-Holstein:** Das Ergebnis der **Landtagswahl** am 6.5. ermöglicht ein Regierungsbündnis von SPD, Grünen und dem Südschleswigischen Wählerverband SSW. Am 12.6. wählt der Landtag den bisherigen Oberbürgermeister von Kiel, **Torsten Albig** (SPD), zum Ministerpräsidenten.

■ **Wahlergebnisse** → S. 458–467